



Die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 29.10.2012

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Montag, 05. November 2012, um 18:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung

1. 12-F-33-0081

Gewaltfreie Politik

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 12.06.2012 -

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. April 2012 wurde berichtet, dass die Wiesbadener Stadtverordnete Manuela Schon (LINKE & Piraten) im Zusammenhang mit der Anti-Kapitalismus-Demonstration in Frankfurt zu folgendem Facebook-Eintrag den Knopf „Gefällt mir“ anklickte:

„Gewalt wurde an diesem Tage ausgeübt, gegen Schicki-Läden, gegen Bonzen-Herbergen, gegen die EZB. Und ist das denn nicht legitim? Ist es nicht unser Recht, ja geradezu unsere Pflicht, aufzustehen gegen diese Zustände, die immer unerträglicher werden? Was hat denn jeglicher friedliche Protest bisher bewirkt. Nur weitere Verschlechterungen.“

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab.

ANLAGE

2. 12-F-03-0136

Wahlfreiheit G8/G9

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.09.2012 -

In Hessen wurde die auf acht Jahre verkürzte gymnasiale Schulzeit (G8) im Schuljahr 2004/05 begonnen und 2005/06 als generelle Regelung eingeführt. Seitdem müssen auch Gymnasiasten in Wiesbaden ihre Schullaufbahn in acht statt in neun Jahren absolvieren. Die CDU/FDP-Landesregierung hat sich bei der Einführung von G8 weder Gedanken über die Konsequenzen für die Schüler und Schülerinnen gemacht noch auf die Warnungen von kompetenten Stellen – ob GEW, Schulleiter, Schulpsychologen oder Elternbeiräte – gehört. Fakt ist, dass die gymnasiale Schulzeitverkürzung zu erheblicher Mehrbelastung von Schülern, Eltern und Lehrern führt. Neben der massiven Verdichtung des Lehrplans wurde in erheblichem Umfang Nachmittagsunterricht ohne eine vernünftige Ganztagschulausstattung mit Räumen und Mittagessen notwendig. Schüler kommen nicht selten später als Ihre Eltern von der Schule nach Hause und sind dann bis in den Abend hinein mit Hausaufgaben beschäftigt. Klassische und wünschenswerte Freizeitaktivitäten in Vereinen und an der frischen Luft werden massiv beeinträchtigt.

Um aber auch den Schülerinnen, Schülern und Eltern gerecht zu werden, die in der Schulzeitverkürzung ein gewonnenes Jahr sehen, unterstützen wir die Wahlfreiheit für Kinder und Eltern. Dabei soll eine Doppelzügigkeit in einer Schule vermieden werden, da die Mehrbelastungen einer Schule nicht zuzumuten sind.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen,
der Magistrat wird aufgefordert,

1. unter der Wiesbadener Elternschaft eine repräsentative Umfrage durchzuführen, die zum Ziel hat, aufzuklären welche gymnasiale Schulzeit (G8 und G9) präferiert wird. **Die Ergebnisse sind schulbezogen auszuwerten.**
2. die Umfrage durch Dez. I/Amt 12 im Vernehmen mit Dez. V/Amt 40 durchzuführen. Die Kosten der Umfrage sind aus Deckungsmitteln der beteiligten Dezernate zu tragen.
3. anhand der Ergebnisse eine Ausbauliste von möglichen G9 Standorten vorzulegen.
4. im Vorgriff auf Kosten und Entwicklung des Ausbaus - der unter **3)** festzustellenden G9 Standorte –dem Haushalt außerplanmäßig 1,5 Mio. € zuzusetzen.
5. die Kosten des G9-Ausbaus bei der Landesregierung nachzufordern. Falls dies nicht möglich ist, sollen die Kosten aus einer Sonderausschüttung der WVV gedeckt werden.

ANLAGEN

3. 12-F-08-0054

Öffentliche Sitzungen des Magistrats

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 02.05.2012 -

Der Magistrat ist eines der wichtigsten städtischen Gremien. Es ist für die Bürgerinnen und Bürger schwer verständlich, warum gerade ein so wichtiges Gremium ausschließlich nichtöffentlich tagt.

Die HGO sieht zwar die nichtöffentliche Sitzung des Magistrats als Regelfall vor, was aber nicht bedeutet, dass der Magistrat nichtöffentlich tagen muss. Der Magistrat kann daher durchaus Sitzungen oder Teile von Sitzungen auch mit der Beteiligung der Öffentlichkeit zulassen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Sitzungen des Magistrats, wo es möglich ist, in öffentlicher Sitzung durchzuführen.

4. 12-F-07-0008

Schriftliche Anfrage Nr. 55/2012 der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 28. Februar 2012 nach § 43 i.V.m. § 55 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Parkplatz Balthasar-Neumann-Straße

ANLAGE

5. 12-F-05-0007

Freiherr-vom-Stein-Schule, Albert-Schweitzer-Schule und Friedrich-Ebert-Schule

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 11.06.2012 -

Bereits am 13. März 2008 hatte die Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen:

- Mit den vorhandenen Investitions- und Instandhaltungsbudgets sowie den personellen Kapazitäten bei den beteiligten städtischen Ämtern können nicht alle notwendigen baulichen Maßnahmen an Wiesbadener Schulen durchgeführt werden.
- Es müssen demnach - neben der üblichen Bauabwicklung durch die LHW selbst - andere Wege gefunden werden, um den baulichen Zustand der Schulen zu verbessern. Dies betrifft sowohl die Finanzierung als auch die Abwicklung der Baumaßnahmen.

Vor diesem Hintergrund wurde ein ÖPP-Eignungstest für u.a. die Freiherr-vom-Stein-Schule, Albert-Schweitzer-Schule sowie die Friedrich-Ebert-Schule (Werkstatt) durchgeführt.

Auf Grundlage einer Magistratsvorlage beschloss der Ortsbeirat Biebrich am 21.04.2011 die Sitzungsvorlage „Freiherr-vom-Stein-Schule - Sanierungsmaßnahme und Betrieb durch das Modell Mieten macht Schule“. Die Vorlage sieht die Zusammenführung der Freiherr-vom-Stein-Schule, die bisher auf zwei Standorte verteilt waren, an dem Standort Ludwig-Beck-Straße vor. Die Sanierung und Erweiterung der vorhandenen Gebäude soll mit dem Modell „Mieten macht Schule“ umgesetzt werden.

Obwohl mittlerweile über ein Jahr vergangen ist, liegt die entsprechende Ausführungsvorlage weder dem Ausschuss für Schule und Kultur noch der Stadtverordnetenversammlung vor.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) die Ausführungsvorlage „Freiherr-vom-Stein-Schule - Sanierungsmaßnahme und Betrieb durch das Modell Mieten macht Schule“ unverzüglich in die parlamentarischen Beratungsgremien einzubringen.
- b) die Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen an der Albert-Schweitzer-Schule und Friedrich-Ebert-Schule ebenfalls durch das Modell „Mieten macht Schule“ abzuwickeln.

ANLAGE

6. 12-F-04-0004

Wiederherstellung von Ordnung und Sauberkeit auf dem Luisenplatz sowie Neugestaltung des Faulbrunnenplatzes

- Antrag Die Republikaner (fraktionslos) vom 28.08.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine Verbesserung des Zustandes im Bereich Luisenplatz sowie Faulbrunnenplatz zu bewirken.

Der historische, angepasst gestaltete Luisenplatz mit Blumenbeeten und teuren Sitzmöbeln wird von der Trinker- und Obdachlosenszene als Treffpunkt zu Saufgelagen genutzt bzw. missbraucht, nicht nur die Vermüllung ist dem Platz abträglich, sondern auch das wilde Urinieren, obwohl eine Dixi-Toilette aufgestellt wurde. Das Innere derselben muss sich in einem schlimmen Zustand, mit Fäkalienschmierereien, befinden, dass selbst die nicht gerade kultivierten Menschen diese nicht mehr benutzen. Die Geruchsbelästigung, gerade im Sommer, ist unerträglich. Der Seitenausgang des Parkhauses ist, als Ersatztoilette missbraucht, nicht mehr nutzbar.

Die Zustände am Faulbrunnenplatz unterscheiden sich nicht wesentlich. Dort, wo früher ein bepflanzter grüner Hügel war, ist jetzt nur noch eine Schotterfläche mit Müllablagerungen. Trotz verordnetem Alkoholkonsumverbot wird dort weiterhin gezecht. Der Konsummüll bleibt liegen.

Wann endlich werden diese Zustände, die einer Stadt wie Wiesbaden, Anwärter für ein Weltkulturerbe, unwürdig, endlich verbessert.

Im Hinblick auf die Obdachlosen und Trinker, Menschen, die sich selbst aus dem sozialen Verband der Gesellschaft ausgegrenzt haben, hatte ich in einem früheren Antrag Trinkerstuben gefordert, wie in anderen Städten mit Erfolg praktiziert, neuerdings sogar in Kassel, wo diese Menschen auch betreut werden können. Sie nehmen diese Einrichtungen dankbar an. Aber leider konnte man sich in der LH Wiesbaden dazu noch nicht durchringen, vielleicht dauert es noch Jahre bis endlich die Einsicht kommt. In Wiesbaden braucht halt alles etwas länger, zumal, wenn der Antrag nicht aus den Reihen der machttragenden Parteien kommt.

7. 11-F-03-0060

European Business School (EBS Law School)

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2011-

ANLAGE

8. 12-F-33-0022

European Business School

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 08.02.2012 -

ANLAGE

9. 12-F-33-0110

Schulerfolg sichern - von Anfang an

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 21.09.2012 -

Auch in Wiesbaden sind die Bildungschancen für Kinder ungleich verteilt. Verschiedene Faktoren können den Bildungserfolg befördern oder beeinträchtigen. Schon heute gibt es eine Vielzahl von Aktivitäten, die dazu beitragen sollen, Bildungshemmnisse abzubauen. So haben Sozialverwaltung, freie Träger und der Jugendhilfeausschuss mit dem „Handlungsprogramm zum Abbau der herkunftsbedingten Bildungsbenachteiligung“ in 2011 bereits ein breites Konzept erarbeitet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, eine Übersicht der bestehenden Förderangebote durch die Stadt und der freien Träger zu erstellen, die nach den Alters- bzw. Entwicklungsstufen der Kinder/Jugendlichen aufgebaut ist.
2. Weiter möge der Magistrat berichten,
 - a. in welcher Form die Wirksamkeit der genannten Maßnahmen überprüft wird und ob Erfahrungen der systematischen Wirksamkeitsüberprüfung aus anderen Städten zum Vergleich herangezogen werden können.
 - b. welche weiteren Aktivitäten zum Abbau von Bildungshemmnissen geplant sind.

10. 12-F-04-0003

Behindertenfreundliche und seniorengerechte Stadt
- Antrag der Republikaner (fraktionslos) vom 31.05.2012 -

Die StvV möge beschliessen, der Magistrat wird gebeten ein Konzept zu erarbeiten, um das Rathaus und die Stadt behindertenfreundlicher und seniorengerechter zu gestalten.

1. Im Rathaus sind nur die Türen im Erdgeschoss durch elektrische Öffner zu bedienen, leider nicht in den weiteren Stockwerken, vor allem nicht im 3. Stock, wo sich die Räume der Fraktionen befinden.
2. In der Stadt fehlt es weiterhin an öffentlichen Toiletten, die barrierefrei erreicht werden können.
3. In den öffentlichen Verkehrsmitteln der Stadt sollten ausreichend Sitzplätze für Senioren und Behinderte zur Verfügung stehen.
4. Auch sollten häufiger Kontrollen im Hinblick auf Radfahrerrowdies in der Fussgängerzone erfolgen, da ältere Menschen nicht mehr so schnell ausweichen können.
5. Es ist zu prüfen, ob es auch in der LH Wiesbaden möglich ist öffentliche Plätze mit leichten seniorengerechten Sportgeräten einzurichten, die sowohl der Fitness im Alter dienen als auch ein Treffpunkt für ältere Menschen, die sie aus ihrer häufig erlebten Isolation herausholt, darstellen.
6. Damit auch ältere Menschen noch am gesellschaftlichen Leben teilhaben und ein selbständiges Leben führen können, wäre die Einrichtung von Parkplätzen für Senioren mit einem Ausweis mit dem Merkmal „G“ sinnvoll. Es gibt zwar ausreichend Parkplätze für Schwerbehinderte mit dem Merkmal aG, die leider nicht von Menschen mit G benutzt werden dürfen und meist leerstehen. (z.B. Schulgasse)
In den Schulen sollten die Erzieher die Jugendlichen zur Respektierung älterer und behinderter Menschen anhalten.
Ich bitte um Zustimmung im Sinne der entsprechenden Bevölkerungsgruppen.

11. 12-V-20-0008

DL 05/12-5

Vorlage der durch den Magistrat bis 31.12.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

ANLAGE

12. 12-F-08-0096

ANLAGE

Schriftliche Anfrage Nr. 91/2012 der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 06. Juni 2012 nach § 43 i.V.m. § 55 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Petersweg Ost und Boelckestraße

ANLAGE

13. 12-F-03-0135

Bericht zum Sachstand Hortplatzschließung

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 26.09.2012 -

Die Stadt hat mit der Umsetzung dreier Pilotprojekte zur Schließung der Hortgruppen in den Kindertagesstätten und deren Verlagerung in Betreuungseinrichtungen an den Grundschulen (1. und 3. Säule) in Bierstadt, Nordenstadt und Klarenthal begonnen. Dadurch ist in der Öffentlichkeit deutlich wahrnehmbar, dass das Konzept so nicht umsetzbar ist und auf großen Widerstand stößt.

Die Schulkinder besuchen die Einrichtungen i.d.R. schon seit Jahren, manche seit dem 1. Lebensjahr, und fühlen sich dort geborgen. Vertrauensverhältnisse sind gewachsen; Sie fühlen sich wie zuhause; ein Abschied fällt schwer. Die Eltern wissen die Qualität der Betreuung sowie die Betreuungssicherheit zu schätzen und möchten ihre Verträge mit der Stadt keinesfalls gekündigt oder aufgehoben wissen.

Auch die ErzieherInnen der Schulkinder in den Kindertagesstätten leisten eine sehr gute Arbeit, halten es für pädagogisch sinnvoll mit den Kindern.

Zudem wird immer klarer, dass insbesondere die Eltern- und Fördervereine (1. Säule) aber auch die freien Träger unter städtischer Regie (3. Säule) mit einer so kurzfristigen Überlassung so vieler Schulkinder aus den Kindertagesstätten überfordert sind.

Exemplarisch verwiesen wird auf das Schreiben des Stadt Elternbeirats vom 15.12.2011 und auf die Mitteilung, dass der Eltern-/Förderverein der Grundschule Bierstadt aus dem Pilotprojekt aussteigt.

Um über die Vorgehensweise und den Verlauf der Hortschließungen mehr zu erfahren

möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. a) Was sind die einzelnen Kriterien für die Auswahl der Pilotstandorte und ggf. weiterer Standorte für Hortschließungen?
b) Wie werden die Kriterien jeweils gewichtet?
c) Gibt es ggf. eine Prioritätenliste für weitere Hortschließungen?
2. Welche Konsequenzen werden aus den Umsetzungsproblemen bei den Pilotstandorten Bierstadt, Nordenstadt und Klarenthal gezogen?

ANLAGE

14. 12-F-03-0134

Verbesserungen für den Rad- und Fußgängerverkehr: Sofortmaßnahmen

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.09.2012 -

Da das im Mai 2012 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene umfassende Radverkehrskonzept noch auf sich warten lässt (die Auftaktveranstaltung des „Radforums“ findet Mitte Oktober statt), ist es vonnöten, vorab einige Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen für Radfahrer/innen und Fußgänger/innen einzuleiten.

Die Stadt Wiesbaden führte in den vergangenen Monaten gemeinsam mit der ESWE Verkehr ein Projekt „Schnelligkeit, Sicherheit und Sauberkeit im Buslinienverkehr“ durch. Ein Schwerpunkt dieses Programms war, die intensivierete Kontrolle der Verkehrsbehinderungen durch den ruhenden Verkehr auf Busspuren. Laut Presseberichten führten die intensivierten und über mehrere Monate durchgeführten Kontrollen zu einer erheblichen Reduktion der Verkehrsbehinderungen auf Buslinien. Das Projekt war aus Sicht der Verkehrssicherung ein voller Erfolg.

Ein solcher Erfolg fehlt leider im Bereich der Rad- und Fußwege. Radfahrer/innen sowie Fußgänger/innen leiden nach wie vor unter Gefährdungen durch falsch parkende Fahrzeuge. Im Interesse einer Verbesserung des Rad- und Fußverkehrs halten wir die Durchführung eines vergleichbaren Projektes des Ordnungsamts für die Rad- und Fußwegeüberwachung für erforderlich.

Auf dem gut besuchten Verkehrswendefest am 23.9.2012 fand eine „Mängelmeldekarte“, mittels der wir rund 100 Hinweise auf Gefahrenstellen vor allem für Radfahrer/innen, aber auch für Fußgänger/innen erhielten, großen Zuspruch. Eine Vielzahl von abrupt endenden Radwegen, für den Radverkehr nur unter Lebensgefahr zu querende Kreuzungen, zugeparkte Rad- und Fußwege, unleserliche Markierungen u.a.m. haben Eingang in die Mängelaufnahme gefunden.

Die „Meldeplattform Radverkehr“ bietet zumindest den Radfahrenden die Möglichkeit, Mängel im Internet zu melden. Die Seite ist jedoch nur wenigen Bürgerinnen und Bürgern bekannt, da sie von der LHW in keiner Weise beworben wird oder gar mit der Wiesbadenseite verlinkt ist, obwohl dies der Beschlusslage entspricht. Nach unseren Beobachtungen werden die Meldungen auch nicht weiter ausgewertet.

Die Stadtversammlung möge daher beschließen,

der Magistrat wird aufgefordert,

1. analog dem o.g. Projekt „Verkehrsverbesserungen für Busspuren (Schnelligkeit-Sicherheit und Sauberkeit)“ ein Projekt zur Intensivierung der Verkehrsüberwachung für Fahrrad- und Fußwege durchzuführen.
2. a. Die „Meldeplattform Radverkehr“ zu bewerben und mit www.wiesbaden.de zu verlinken. (entspricht Beschlusslage vom 12.6.2012)

b. gemeinsam mit dem IVM ein Konzept zu entwickeln, wie Meldungen von Fußgänger/innen in die Meldeplattform einbezogen werden können

c. die Meldeplattform für Meldungen aus dem Stadtgebiet Wiesbaden dahingehend zu erweitern, dass für Meldende ersichtlich wird, welche Meldungen bereits erfolgt sind und zu welchen Meldungen bereits zu welchem Zeitpunkt Maßnahmen geplant oder bereits erfolgt sind. Dies sollte mit Pop-up Fenstern möglich sein.
3. verblasste und undeutliche Markierungen von Radwegen umgehend zu erneuern, bzw. konzeptionell dahingehend etwas zu ändern, dass die Markierungen dauerhaft sind.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen verantwortlich.

Seite 9 der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05. November 2012

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Queck
Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin